



Herausgegeben von
akzept e.V. Bundesverband

9. Alternativer **Drogen- und Suchtbericht** 2022

akzept e.V. (Hrsg.)

9. Alternativer Drogen- und Suchtbericht 2022



PABST SCIENCE PUBLISHERS · Lengerich

<http://alternativer-drogenbericht.de/>

Kontaktadresse:

akzept e.V.

*Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit
und humane Drogenpolitik*

Südwestkorso 14

12161 Berlin

Tel.: +49 (0)30 82706946

<https://akzept.eu>

<https://gesundinhalt.eu>

<https://hepatitis-aktion.de>

<https://www.patientenrechteakzept.de/>

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

Geschützte Warennamen (Warenzeichen) werden nicht besonders kenntlich gemacht. Aus dem Fehlen eines solchen Hinweises kann also nicht geschlossen werden, dass es sich um einen freien Warennamen handelt. Das Werk, einschließlich aller seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Herausgeber:

akzept e.V. Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik

Redaktion: Heino Stöver, Bernd Wese und Christine Kluge Haberkorn

© bei den Autor_innen

Umschlagfoto: Heino Stöver

<http://alternativer-drogenbericht.de/>

2022 Pabst Science Publishers
49525 Lengerich/Westf.

Formatierung: Susanne Kemmer

Druck: KM-Druck 2.0 · D-64823 Groß-Umstadt

Print: ISBN 978-3-95853-807-8

eBook: ISBN 978-3-95853-808-5

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Das Momentum ergreifen!	7
<i>Vorwort der Herausgeber Heino Stöver & Bernd Werse</i>	

1 Aufgabemodelle und Aufgaben der Suchthilfe

Abgabemodalitäten bei der Cannabisregulierung – eine Bestandsaufnahme	10
<i>Philipp Hiller, Kirsten Lehmann, Moritz Rosenkranz, Uwe Verthein & Jens Kalke</i>	
Welche Regulierung braucht der Cannabis-Markt?	20
<i>Justus Haucap</i>	
Staatlich kontrollierte Abgabe von Cannabis – Präventionsnotwendigkeiten aus suchtfachlicher Sicht	26
<i>Wolfgang Rosengarten</i>	
Cannabislegalisierung in Deutschland – Anforderungen und Konsequenzen für die Soziale Arbeit in der Suchthilfe und Suchtprävention	32
<i>Lioba Krüger-Losenke</i>	
Dem Rausch Raum schaffen – risflecting® als Rahmen für Rausch- und Risikobalance	36
<i>Martin Dworak</i>	
Frühintervention und Behandlung von Cannabisabhängigen. Chancen und Herausforderungen einer zukünftigen Cannabisregulierung	41
<i>Andreas Gantner</i>	
Cannabislegalisierung: Erfahrungen nutzen, soziale Gerechtigkeit einfordern	46
<i>Bernd Werse</i>	
Was würde Stiftung Cannabis-Test empfehlen? Was Verbraucher*innen bei Cannabisprodukten erwarten	50
<i>Max Plenert</i>	
Legalisierung muss kundenfreundlich sein	53
<i>Georg Wurth</i>	

2 Regulierungsmodelle international

Regulierung des Zugangs zu Cannabis und Schadensminderung. Der Schweizer Weg.....	58
<i>Sandro Cattacin</i>	
Neuentwicklungen in der niederländischen Coffeeshop-Politik	61
<i>Dirk J. Korff</i>	
Insights for the design of Cannabis Social Club regulation	65
<i>Tom Decorte</i>	
Cannabisregulierung International.....	70
<i>Zusammengestellt von Ingo-Ilja Michels</i>	

3 Drug-Checking

Drug-Checking.....	88
<i>Rüdiger Schmolke & Tibor Harrach</i>	

4 Werbung

Am besten alles verbieten? Zum Einfluss von Werbung auf das Suchtverhalten.....	98
<i>Dietmar Jazbinsek</i>	

Autorinnen und Autoren	106
------------------------------	-----

Das Momentum ergreifen!

Vorwort der Herausgeber Heino Stöver & Bernd Werse

Mit dem 9. Alternativen Drogen- und Suchtbericht hat akzept e.V. international anerkannte Expert*innen der Cannabislegalisierung zusammengeführt. Uns geht es darum, mit den praktischen Erfahrungen und wissenschaftlichen Erkenntnissen aus Europa die Debatte um die anstehende Legalisierung von Cannabis in Deutschland zu bereichern. Die ausführlichen Fassungen der Artikel können Sie im Übrigen in der Zeitschrift „*Rausch – Wiener Zeitschrift für Suchttherapie*“ (ebenfalls Pabst-Verlag) nachlesen.

„Zeitenwende“ ist ein häufig benutzter Begriff in der Politik geworden: Reformstaus sollen aufgelöst werden, auf aktuelle Bedrohungen der Gewalt muss reagiert werden. Eine Zeitenwende muss auch in der Drogenpolitik erfolgen: zu lange haben wir Menschen wegen ihrer Konsumpräferenzen strafrechtlich verfolgt und inhaftiert, Familien zerrüttet, Karrieren zerstört, Lebensqualität eingeschränkt. Plötzlich – mit einem Federstrich – wie bereits in der ersten Ausgabe unseres Alternativen Drogen- und Suchtberichtes gefordert, kann der Paradigmenwechsel stattfinden: von einer strafrechtspolitisch zu einer gesundheitspolitisch orientierten Antwort auf Drogengebrauch – d.h. nur bezogen auf Cannabis. Wir sollten das Momentum dieser Zeit ergreifen, um auch in Bezug auf andere psychoaktive Substanzen den Schalter umzulegen, und für sehr vulnerable Menschen (Opioid-, Kokain-/Crackkonsumierende, etc.) eine Straffreiheit und einen legalen Zugang schaffen. Oder fangen wir wenigstens damit an, den mutigen Vorstoß der Berliner Justizsenatorin, Lena Kreck, umzusetzen und verbindliche Anordnungen an die Staatsanwaltschaften zu geben, die Verfahren bis zu bestimmten Mengen zum Eigenbedarf einzustellen. Werden diese Grenzen nicht überschritten und liegen keine anderen erschwerenden Gründe vor, dann müssen die Staatsanwaltschaften von einer Verfolgung der Straftat absehen. Die Drogenpolitik Portugals macht es ähnlich (konsequent): bis zu bestimmten Mengen gibt es lediglich Empfehlungen/Weisungen eine Drogenberatungsstelle o.ä. aufzusuchen.

Wir beobachten in ganz Europa erhebliche Veränderungen des Umgangs mit Drogenkonsumierenden – die Prohibitionspolitik stößt an ihre Grenzen! Sinnhaftigkeit, Erfolg, Kontrollfähigkeit des Staates – all das wird massiv hinterfragt, zu Recht! Empirische Ergebnisse, die als Rechtfertigung der Repression dienen könnten, gibt es nicht, wohl aber Daten zur Schädlichkeit der Drogenpolitik. „Harm Production“ ist hier das zentrale Stichwort. Drogenpolitik muss sich mehr als jemals Gedanken darüber machen, wie sie mit persönlichen Freiheitsrechten, Menschenrechten noch vereinbar ist. Warum verfolgen wir insbesondere Menschen, die suchtkrank sind, warum gewähren wir ihnen nicht angemessene Hilfen, die sie stärken und vor Ausgrenzung und Stigmatisierung schützen?

Mit diesen Fragen beschäftigt sich der Alternative Drogen- und Suchtbericht auch weiterhin. Wir werden uns auch in den nächsten Jahren mit einer Drogenpolitik auseinandersetzen müssen, die widersprüchlich (permissiv und repressiv), willkürlich (die Einteilung in legale und illegale Drogen ist geschichtlich gewachsen, aber nicht evidenz-basiert), wenig wissenschaftsinformiert („Cannabis ist kein Brokkoli“) und kaum partizipativ ist (sie basiert auf dem Ausschluss Betroffener).

Abgabemodelle und Aufgaben der Suchthilfe



1

Abgabemodalitäten bei der Cannabisregulierung – eine Bestandsaufnahme

*Philipp Hiller, Kirsten Lehmann, Moritz Rosenkranz,
Uwe Verthein & Jens Kalke*

Zusammenfassung

In dem vorliegenden Beitrag wird – als narrative Literaturanalyse – eine Bestandsaufnahme von bereits in Amerika (einzelnen Bundesstaaten der USA, Kanada und Uruguay) implementierten oder in Deutschland im Rahmen von Modellprojekten vorgesehenen Abgabemodellen für Cannabisprodukte zum Freizeitkonsum vorgenommen. Ziel dieser Bestandsaufnahme ist es, eine Informations- und Diskussionsgrundlage für konzeptionelle Überlegungen zu einem bundesdeutschen Abgabemodell bzw. zu möglichen Modellprojekten auf der Landes- oder der kommunalen Ebene zu schaffen.

Hintergrund und Fragestellung

Seit vielen Jahren setzt sich in der Suchtforschung und angrenzenden Wissenschaften zunehmend die Haltung durch, dass eine legale, kontrollierte Abgabe von Cannabis zu Genusszwecken besser geeignet ist, mögliche negative Folgen des Konsums zu verhindern als ein Verbot. Nach dem Regierungswechsel im Herbst 2021 wurde diese Forderung erstmals als konkretes Vorhaben im Koalitionsvertrag festgehalten (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN u. FDP, 2021, S. 68). Bis Ende des Jahres 2022 soll jetzt ein entsprechender Gesetzesentwurf vorgelegt werden. Der neue Bundesdrogenbeauftragte Burkhard Blienert hat im Juni 2022 zu den noch offenen Regulierungsfragen einen Konsultationsprozess durchgeführt, bei dem sich „Expertinnen und Experten sowie Vertreterinnen und Vertreter gesellschaftlicher Interessengruppen an mehreren Tagen treffen, um die relevanten Aspekte der Umsetzung der kontrollierten Abgabe von Cannabis zu diskutieren.“ (Blienert, 2022). Auf der Unterseite der Homepage des Drogenbeauftragten www.bundesdrogenbeauftragter.de/cannabis-aber-sicher/ sind die eingeladenen Teilnehmer*innen und einige Statements in Text- oder Videoform sichtbar.

Die erforderlichen rechtlichen Veränderungen für eine kontrollierte Cannabisabgabe müssten als zustimmungspflichtiges Gesetz vom Bundesrat unterstützt werden. Aufgrund der dortigen politischen Mehrheitsverhältnisse kommen mit Stand vom September 2022 die Landesregierungen, die potentiell eine kontrollierte Cannabisabgabe unterstützen würden, auf nur 24 von 35 notwendigen Stimmen. Deshalb bleibt auch die Durchführung von (lokal begrenzten) wissenschaftlichen Modellversuchen

eine politische Option – als möglicher Kompromiss zwischen Bundesrat und Bundestag.

In dem vorliegenden Beitrag soll anhand einer narrativen Literaturanalyse überblicksartig eine Bestandsaufnahme von bereits in anderen Ländern (USA, Kanada, Uruguay) implementierten Abgabemodellen für Cannabisprodukte zum Freizeitkonsum erstellt werden. Außerdem werden Abgabemodelle vorgestellt, die in erfolglos beantragten wissenschaftlichen Modellprojekten (Deutschland, Schweiz) vorgesehen waren.

Abgabemodelle in amerikanischen (Bundes)Staaten (USA, Kanada und Uruguay)

Die folgende Beschreibung bezieht sich auf die Abgabemodelle in Kanada (Fischer et al., 2021), Uruguay (Boidi et al., 2016, Laqueur et al., 2020) und in verschiedenen US-Bundesstaaten (aktuell 19 Bundesstaaten sowie zwei Territorien und der District of Columbia) (National Conference of State Legislature, 2022).

Es ist zunächst darauf hinzuweisen, dass in den USA der Anbau, Besitz sowie Konsum von Cannabis auf Bundesebene illegal sind (Controlled Substances Act, 1970). Der Umgang mit Drogendelikten untersteht jedoch den einzelnen Gliedstaaten, so dass es diesen überlassen ist, von dem Bundesrecht abzuweichen. Demgegenüber wurde in Kanada durch Inkrafttreten eines Bundesgesetzes (Cannabis Act, 2018) Cannabis landesweit legalisiert. Die Ausarbeitung und Umsetzung von einzelnen Cannabisabgabemodellen liegen in Kanada ebenso in der Verantwortung der Provinzen und Territorien (Canadian Centre on Substance Use and Addiction, 2020). Uruguay legalisierte 2013 als weltweit erstes Land Cannabis vollständig (Laqueur et al., 2020, Ley N° 19.172 2013).

Die Tabelle 1 weist basierend auf der Veröffentlichung von Lancione et al. (2020), Berichten und Präsentationen (Zobel, 2021, Zobel & Marthaler, 2016) sowie ausgewählten Informationen (z.B. zu Präventionsmaterialien oder Personalschulungen) verschiedene strukturelle Elemente von Abgabemodellen aus.

Abgabestellen und Eigenanbau

In den US-Bundesstaaten wurden die Abgabestellen in der Regel als private, aber staatlich lizenzierte Fachgeschäfte konzipiert (Rotermann 2020). Cannabis darf dort durch profitmaximierende Unternehmen angebaut und verkauft werden (Cerdá & Kilmer, 2017). In Kanada gibt es neben den privaten Verkaufsläden auch staatliche Abgabestellen, wobei sich deren Anzahl vom vierten Quartal 2018 bis Ende 2020 fast verachtfacht hat (Rotermann, 2020). Demgegenüber ist Uruguays Ansatz ein nicht kommerzielles Abgabemodell, bei dem die Produktion und die Verkaufswege durch ein staatliches System kontrolliert werden (Laqueur et al., 2020, Cerdá & Kilmer 2017).

In Uruguay können Cannabisprodukte in Apotheken erworben werden. Alternativ können in CSCs die Mitglieder gemeinsam Cannabis anbauen (maximal 99 Pflanzen) und konsumieren. Ein CSC muss zwischen 15 und 45 Mitglieder haben; im Jahr